



## Regierungsratsbeschluss vom 30. April 2024

Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt; Stellungnahme

---

P235650

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend «PACS und Verantwortungsgemeinschaft für Basel-Stadt» als Anzug zu überweisen.

### **Begründung**

Die Motion fordert die Einführung eines PACS («pacte civil de solidarite») sowie einer abgestuften Verantwortungsgemeinschaft für auf kantonaler Ebene rechtlich regelbare Belange. Rechte und Pflichten zwischen Privatpersonen werden vom Zivilrecht geregelt. Die Kompetenz zur Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilrechts liegt beim Bund (Art. 122 Abs. 1 BV). Mit dem Erlass des Zivilgesetzbuchs hat der Bundesgesetzgeber diese Gesetzgebungskompetenz ausgeschöpft.

Die Motion ist deshalb rechtlich unzulässig. Bereits am 16. Juni 2022 hat aber Ständerat Andrea Caroni die parlamentarische Initiative «für einen schweizerischen Pacs» eingereicht. Diese fordert die Schaffung der Rechtsgrundlagen für einen PACS auf nationaler Ebene. Der Regierungsrat berichtet dem Grossen Rat über die Entwicklungen auf Bundesebene gerne im Rahmen einer Anzugbeantwortung.

